# Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark); durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, 1. Fernsprecher: 17 250. ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, 1. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 13 553 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreise: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 30 Goldpfennige für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil ★ Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Freitag, 17. April 1925 | Nummer 13


# Die Freidenker gegen den Zentrumspfaffen

## Ein Rundschreiben der Bundesleitung
## Die Freidenker wählen Thälmann

Der Hauptvorstand der Freidenker hat an die Ortsgruppen der Freidenkerorganisation ein Rundschreiben gerichtet, in dem er auffordert, **keine Stimme dem Zentrumsmann Marx zu geben.**

Ein günstiger Wind weht uns das Rundschreiben auf den Tisch. Wir bringen dasselbe hiermit unseren Lesern zur Kenntnis.

**Rundschreiben**

**an die Ortsgruppen-, Bezirks- und Landesgebietsvorstände der Gemeinschaft proletarischer Freidenker!**

Leipzig, April 1925.

**Werte Genossen!**

Am 26. April findet die endgültige Wahl des Reichspräsidenten statt. Der Posten des obersten Repräsentanten der deutschen Republik wird bei dieser Wahl auf sieben lange Jahre besetzt werden. Wenn auch dem Reichspräsidenten nicht wie ehemals dem Monarchen unbeschränkte Befugnisse zustehen, so ist doch der Einfluß dieses Amtes auf das kulturelle Leben der Republik immerhin ein außergewöhnlich großer. Der Reichspräsident kann auf Grund des § 48 der Reichsverfassung eine ganze Reihe Grundrechte der Staatsbürger, u. a. **auch die Freiheit der Person** und die **persönliche Meinungs- und Redefreiheit außer Kraft setzen.** Obwohl in der Regel die Amtsführung des Reichspräsidenten die Widerspiegelung der Tendenz der jeweils am Ruder befindlichen ökonomischen und politischen Mächte sein wird, kann andererseits immerhin, wenn das Amt des Reichspräsidenten mit einem Mann von lauterer, sozialer und linksrepublikanischer Gesinnung besetzt ist, durch ihn der zügel- und schrankenlosen Herrschaft der wirtschaftlichen und politischen Reaktion ein bescheidener Damm gesetzt werden. **In der gegenwärtigen Periode der krassesten Reaktion auf allen Gebieten, insbesondere auf dem kulturpolitischen Gebiet, kommt alles darauf an, welche Garantie der zu wählende Reichspräsident gegen eine weitere wirtschaftliche, politische und kulturelle Versklavung der proletarischen Massen der deutschen Republik geben kann.** Es handelt sich für uns als Gemeinschaft proletarischer Freidenker nicht nur um die Frage: Monarchie oder Republik, sondern auch in erster Linie darum, ob der zu wählende Reichspräsident geeignet oder gewillt ist, unter allen Umständen nicht nur die Form der Republik, sondern auch mindestens die in ihrer Grundlage, der Reichsverfassung, niedergelegten heiligen Grundrechte des Volkes, **insbesondere Gewissensfreiheit, Redefreiheit, Lehrfreiheit, Rechtsgleichheit, Versammlungsfreiheit und Weltlichkeit in der Schule zu bewahren und ausbauen zu helfen,** und alle Versuche, den sozialen Charakter der Verfassung weiter zu verschlechtern oder illusorisch zu machen, abzuwehren, nötigenfalls unter Aufruf aller jener großen Massen der deutschen republikanischen Bevölkerung, die allein letzten Endes auch den Ausschlag bei der endgültigen Entscheidung der Frage: Monarchie oder Republik? geben können und werden. **Eine solche Garantie im Sinne unserer Ausführungen kann uns niemals von einem Kandidaten auf das Amt des Reichspräsidenten geboten werden, der einer bürgerlichen Partei angehört,** die rechts von der demokratischen Partei steht **und ausschließlich die wirtschaftlichen, politischen oder kulturpolitischen Belange der herrschenden Klasse, oder auch alle diese zusammen, wahrzunehmen hat.** Von diesem Grundsatz ausgehend, haben wir sofort nach dem ersten Wahlgang, der keine Entscheidung brachte, den Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei brieflich dringend gebeten, für den zweiten Wahlgang an der Kandidatur Braun festzuhalten oder wenigstens sie nicht zugunsten eines Zentrumskandidaten zurückzuziehen. Wir haben dem Parteivorstand der Sozialdemokratie rechtzeitig mitgeteilt,

**daß eine Stimmabgabe der Anhänger der Freidenkerbewegung zugunsten eines Zentrumsmannes unter keinen Umständen in Frage kommen kann.**

Die Antwort des Parteivorstandes der Sozialdemokratie erklärte, daß die zuständige Instanz der Partei bei der Entscheidung über die Frage der Kandidatur die von uns gemachten Mitteilungen in entsprechende Würdigung ziehen würden. Nachdem die Entscheidung der Sozialdemokratie trotz unseren dringenden Vorstellungen die Zurücknahme der Kandidatur Braun und die Zustimmung zur Sammelkandidatur Marx gebracht hat, erklären wir hiermit, daß für die Mitglieder Gemeinschaft proletarischer Freidenker

**eine Stimmabgabe zugunsten des Zentrumsmannes unvereinbar**

ist mit der Tradition und den Grundsätzen unserer Bewegung und

**daher nicht in Frage kommen kann.**

Eine Republik, deren kulturelles Leben ausgefüllt und bestimmt wird von den **von Wilhelm Marx geführten sinsteren kirchlichen Mächten des Mittelalters und die wirtschaftlich und politisch geleitet wird von den ebenfalls Wilhelm Marx nahestehenden und seine Herrschaft stützenden hochkapitalistischen Kreisen, ist für uns proletarische Freidenker ebenso wenig erstrebenswert, wie die Monarchie.** Mit der Bitte, sie an die gesamte Mitgliedschaft weiterzugeben, richten wir an alle Instanzen der Gemeinschaft die Parole:

**Keine Stimme dem Zentrumskandidaten Marx!**

Die Verantwortung für diese Parole und ihre nach sich ziehenden Folgen der Verlust Hunderttausender von Stimmen für eine republikanische Kandidatur, überlassen wir jenen, die in unseliger Verblendung um ein Linsengericht den letzten Stützpunkt einer freien Entwicklung der Republik ihrem gefährlichsten und rückständigsten Gegner ausgeliefert haben.

**Freiheit!**

**Gemeinschaft proletarischer Freidenker**
**Hauptvorstand.**

Die Freidenker werden nicht den Vertreter der Kulturreaktion wählen. Marx war es, der im Reich am stärksten die Auffassung vertrat, daß die Einführung des Konkordats in Bayern nicht gegen die Verfassung verstoße. Er drückte auch seine Meinung durch. Er wird den Kampf der Kirche um die vollständige Herrschaft über die Schule im ganzen Reich und in den weitesten Kreisen unterstützen.

Der Hauptvorstand der Freidenker hat deswegen gegen den Zentrumskanzler Stellung genommen. Der Mut zur Konsequenz hat aber auch dem Hauptvorstand noch gefehlt. Er fordert zwar auf, keine Stimme für Marx. Er fordert **nicht Stimmenthaltung.** Aber er hatte auch nicht die Konsequenz, aufzufordern für **Thälmann.** Nun, die Freidenker werden von der Wahl nicht fernbleiben, Hindenburg werden sie nicht wählen.

Die Freidenker dürfen nicht verärgert zu Hause bleiben. Wer zu Hause bleibt, hilft der Reaktion. Verlangt, daß sofort in **allen Ortsgruppen Stellung genommen wird.** Jede Gruppe muß sich noch vor der Wahl mit dem Rundschreiben beschäftigen.

**Die Freidenker wählen Thälmann!**

## Nach dem Sturze Herriots

War es ein Zeichen ideologischer Naivität, als Herriot das von Clementel niedergelegte Portefeuille des Finanzministers dem Führer der international vertrusteten Industriegruppe Loucheur übertrug? Hatte er wirklich übersehen, daß der Stoß auf sein Kabinett gerade von dieser Seite her kam? Die „Humanite" bemerkt ganz richtig, Herriot fiel „unter den Schlägen der schmutzigsten Reaktion", unter den Schlägen von Marsal, Millerand, Poincare, der **Männer von der Schwerindustrie,** (comite des forges), der Advokaten und Agenten der Banken und der Finanz.

Herriots beste Entschuldigung auf die Anklage der ungesetzlichen Inflation war: „Ich tat nur, **was meine Vorgänger auch taten.**" Worauf seine Feinde erwiderten: **Warum habt ihr uns die Regierung entwunden, uns gestürzt im Mai, wenn ihr doch dasselbe tut wie wir?"**

Wenn zwei dasselbe tun, ist es aber bekanntlich nicht dasselbe. Die Inflationsgefahr war nur der Hebel, **mit dem die Schwerindustrie, wahrscheinlich mit wohlwollender Unterstützung amerikanischer Finanzgruppen die Regierung Herriot aus den Angeln hob.**

Zwar mimt die linksbürgerliche „Ere nouvelle" eine sehr kurzsichtige, sehr wenig realpolitische ideologische Selbsttäuschung, trotzalledem sei „das Kartell Herr über die Legislatur", also der Linksblock sei trotz des Sturzes Herriots nach wie vor Herr der Situation. Das Blatt schreibt sogar: „Ein Konzentrationsministerium" — in Deutschland würde es Kabinett der „Volksgemeinschaft" heißen — „könnte keine vierundzwanzig Stunden leben". Dies mag noch richtig sein, einfach gemessen an den Stimmenzahlen der parlamentarischen Fraktionen; in der brutalen, außerparlamentarischen Wirklichkeit, die vom heutigen Parlament nicht mehr genau widergespiegelt wird, ist das Kräfteverhältnis ein anderes: die Aera des „Linksblockes" ist unwiderruflich vorbei, abgetan. Die „Humanite" bemerkt sehr richtig, daß sich noch einmal mehr die Formel des „demokratischen Pazifismus" als eitles Geschwätz erwiesen habe. Statt wirkliche kraftvolle Maßnahmen für die Volkswohlfahrt zu treffen, habe der „Linksblock" seine Kraft erschöpft mit unfruchtbaren Reden, mit Beteuerungen seines rein gesetzlichen Vorgehens und mit ohnmächtigen Phrasen.

„Und jetzt überrennt der Senat, dieser Hilfstrupp der Banken und der Großindustrie, das „radikale" und „sozialistische" Ministerium. **Die weiße, schärfste Reaktion siegte, das ist der Trumpf des brutalen nackten Faschismus.** Der Senat, der das allgemeine Stimmrecht beseitigen will, eine Bande von rückständigen Krautjunkern im Verein mit den Großbanditen der Banken und der Industrie, will das Wahlgesetz abändern. Und wieder kommt die „linke" Träumerei des „Ere nouvelle": „Auch nach der Demission Herriots bleibt die Lage verworren und schwierig," stellt sie beklommen fest. Aber sie appelliert an die Loyalität des Präsidenten der Republik, die die Konstitution und die Mehrheit vom 11. Mai doch schützen werde vor dem reaktionären Senat.

Es ist nicht uninteressant, einige Parallelen zu ziehen zwischen der Entwicklung in Deutschland und Frankreich. Genauer zugesehen, macht hier wie dort die proletarische Revolution, die auffstrebende Macht und die Bourgeoisie, zum Absterben verurteilte Klassenherrschaft, grundsätzlich die nämlichen sozusagen ontogenetischen Stadien durch, das heißt, hier wie dort geht der eine wie der andere Prozeß, die Embryologie der Revolution und die Agonie der Bourgeoisie, nach denselben marxistischen Grundsätzen vor sich.

Die französische Bourgeoisie hat so wenig Vertrauen in die Zukunft ihrer Klasse und ihres Landes, daß sie 20 Prozent ihrer Exporterlöse in fremden Devisen anlegt; der Franken sinkt, obwohl die Außenhandelsbilanz aktiv ist.

Herriot, der Mann der kleinen Rentner im Lande der kleinen Rentner, hatte die Verbindungen mit Rußland wieder aufgenommen. Dies hätte vielleicht gegen entsprechende ökonomische Zugeständnisse zur teilweisen Entschädigung der durch den Bankrott des Zarismus geschädigten Kleinrentner geführt; jedenfalls knüpften sich in Frankreich an die Anerkennung der Sowjetregierung die buntesten, zum Teil ganz ungerechtfertigten Illusionen des kleinen Mannes.

Die Flibustier der Hochfinanz, der Banken und der längst international verankerten Großindustrie wollen aber sich doch nicht das relativ spielend leichte „Bombengeschäft" der Inflation entgehen lassen. Hier also war schon — so paradox es klingt — Herriot, der wegen der „Inflation" stürzte, ein Hindernis; er konnte nicht gegen die wirtschaftlichen Interessen seiner „kleinen" Wähler handeln.

Diese Gebundenheit hinderte Herriot auch nach der Völkerbundssitzung in Genf im Herbst, weit genug nach rechts zu rücken. Zwar schritt er gegen die Kommunisten ein; in dieser Hinsicht bezichtigte ihn die faschistische Rechte zu unrecht der Laxheit. Aber er konnte nicht ganz müssig zusehen, wie der Dollar systematisch die in Jahren mühsam unter schweren Opfern zusammengeklitterte Hegemonie Frankreichs in Polen, im Balkan, in der kleinen Entente fast spielend zerpflückte. Chamberlains Zureden vermochten Herriot hier nicht umzukrempeln; **er fühlte, daß er stehe und falle mit diesem Großmannstraum des „siegreichen" französischen Kleinrentners.**

**Der völlige Zusammenbruch** der Rhein-Ruhr-Politik bewirkte dann Herriots Sturz. Er büßt im gewissen Sinne für die Sünden Poincares. Die deutsche Bourgeoisie hatte aus den Oktoberereignissen 1923 mit bemerkenswerter Entschiedenheit ihre Lehren gezogen, als sie wider Erwarten ihren morschen Kahn nicht scheitern sah. Hatte doch Stresemann damals gerufen, „Wir sind die letzte bürgerliche Regierung." Also — sie

## „Die Volksgemeinschaft"

**Gemeinsames Festessen der Schwerindustriellen und Sozialdemokraten.**

**Berlin,** 17. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der sogenannte Volksblock veranstaltete am Donnerstag zu Ehren von **Marx** ein Festessen, an dem teilnahmen die **Industriellen Klöckner, Tenisen, Otto Wolf, Bankier Mendelssohn, Kommerzienrat Mannhorst** und ihre Lakaien **Hilferding** und **Hermann Müller.** Der „Vorwärts", der über das Bankett einen Bericht gibt, verschweigt jedoch, mit wem die Hilferdinge zusammen gefressen und gesoffen haben. Er spricht verschämt von einem schlichten Beisammensein zahlreicher Wirtschaftsführer und Politiker. Die Rede von Marx auf diesem Bankett hätte ebensogut von Hindenburg gehalten werden können.

Marx erklärte, die Frage Republik oder Monarchie sei ein Problem; was er zu tun gedenkt, sagt er nicht. Er sprach von der Neuorganisierung der Wirtschaft. Was darunter zu verstehen ist, sagte Reuhaus vor dem Ausschuß des Reichstages: mehr Ausbeutung. Dann kam die allgemeine Rederei von Versöhnung auf das Programm der Schwerindustrie.

## SPD.-Abgeordnete zur KPD. übergetreten

**Düsseldorf, 17. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Abgeordnete des rheinischen Provinzial-Landtages Helene Ott ist von der SPD. zur KPD. übergetreten.**

## Ein neuer Attentatsversuch gegen Krassin

**Paris,** 17. April. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern konnte erneut ein Attentat auf Krassin vereitelt werden. Vor der russischen Botschaft wurde ein Russe namens **Kreyhat verhaftet,** der mehrere Photographien **Krassins** und einen Revolver bei sich hatte. **Der Verhaftete verweigerte jede Auskunft.**

SLUB
Wir führen Wissen.